

## 1. Mai 2010: Ansprache Nationalrat Max Chopard-Acklin in Brugg

### **Arbeit Lohn und Rente statt Profit und Gier**

Arbeit Lohn und Rente statt Profit und Gier heisst das diesjährige Motto an den 1. Mai Feiern im ganzen Land.

Unter diesem Titel stehen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Sozial- und Umweltbewegte gemeinsam ein für eine Welt, die die Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status respektiert. Wir stehen ein für faire Löhne und gute Sozialversicherungen. Wir stehen ein für Nachhaltigkeit und Solidarität in einer lebenswerten Umwelt. Der 1. Mai ist der einzige Feiertag, der auf der ganzen Welt und in allen Kulturen verbreitet ist.

#### **„Auf dem Buckel der Erwerbslosen sparen?“**

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Arbeit heisst für die meisten Menschen Absicherung der Existenz. Arbeit und ein Existenzsicherndes Einkommen zu haben ist ein hohes Gut. Deshalb fordern wir von den Arbeitgebern: Tragt Verantwortung, bietet genügend Ausbildungsplätze für unsere Jungen an, vermeidet unnötige Entlassungen! Leider erlebe ich es als Gewerkschafter immer wieder, dass bei Restrukturierungen mit dem Stellenabbau übers Ziel hinausgeschossen wird. Das führt dann bei jenen, die noch Arbeit haben, zu zusätzlichem Stress und Überstunden am Arbeitsplatz und bei jenen, die keine Arbeit mehr haben, nicht selten zu Stress durch Existenzängste während der Stellensuche. Beides kann krank machen.

Hauptursache für die hohe Erwerbslosigkeit und die angespannte Situation bei den Sozialversicherungen ist die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Doch während sich die Finanzjongleure bereits wieder gegenseitig Millionenboni zuschieben, sollen nun die „kleinen Leute“ doppelt bezahlen müssen. Zuerst durch den Stellenverlust und jetzt auch noch mit dem Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung. Auf den versuchten Rentenklau bei Pensionskassenguthaben soll nun also der Taggeldklau bei den Erwerbslosen folgen. Gerechtfertigt wird dieses Vorgehen mit den aufgelaufenen Defiziten bei der Arbeitslosenversicherung. Das Problem ist die momentane Unterfinanzierung der Arbeitslosenkasse, da gilt es anzusetzen. Erwerbslosigkeit ist nicht gratis. Wenn in einer Krise die Erwerbslosigkeit steigt, steigt vorübergehend auch der Finanzbedarf für die Kasse.

Als Folge der Beschlüsse in Bundesbern sollen zwar die Beiträge bei der Arbeitslosenversicherung leicht angehoben werden, doch gleichzeitig sollen auch massiv Leistungen und Taggelder gestrichen werden. Das Rechtsbürgerliche Rezept für die Arbeitslosenversicherung heisst im Klartext: Mehr Prämie, für deutlich weniger Leistung.

Über 600 Millionen sollen so auf dem Buckel der Erwerbslosen gespart werden. Damit wird aber kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld führen eher dazu, dass in der Schweiz noch mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Dies ist unwürdig für die Betroffenen und bringt massive Kostenverlagerungen zu den Gemeinden. Diese Revision ist zu einseitig und straft die Arbeitslosen für etwas, wofür sie nichts können. Gerade jetzt, in der grössten Krise seit Jahrzehnten, braucht es in der Schweiz eine starke Arbeitslosenversicherung mit guten Leistungen. Für die betroffenen Menschen, aber auch als Stabilisator für die Wirtschaft.

Aktuell haben wir im Aargau rund 12`000 registrierte Arbeitslose. Die Zahl der Stellensuchenden liegt bei rund 16`000. Gesamtschweizerisch sind es über 200`000 Stellensuchende.

Wenn eine Revisionsvorlage schlecht ist, muss man sie ablehnen. Diese Revision ist schlecht für die betroffenen Arbeitslosen und für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einmal arbeitslos werden könnten und die Beiträge bezahlen, damit sie dann auch geschützt sind. Das Referendum gibt dem Volk die Chance, diesem unfairen Sozialabbau mit einem Nein den Riegel zu schieben.

Die wahren Verursacher der Krise, die Abzocker von gestern und heute müssen wissen, dass es morgen so nicht weitergeht. Sie müssen wieder Mass finden statt Mass verlieren und sich rückbesinnen auf ihre soziale und volkswirtschaftliche Mitverantwortung.

### **„Es braucht keine Rentensenkungen auf Vorrat!“**

Wie wichtig so ein Referendum sein kann, zeigt auch unser historisch einmaliger Erfolg bei der Abstimmung über die Senkung des BVG-Umwandlungssatzes: 73% Nein! Dieses Resultat liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Kein einziger Kanton stimmte zu und mancherorts erteilten dem Rentenklauversuch 3 von 4 Abstimmenden eine Abfuhr. Das Abstimmungsergebnis war ein wichtiger Fingerzeig. Es braucht keine Rentensenkungen auf Vorrat. Jetzt gilt es zuerst einmal den Selbstbedienungsladen bei der 2. Säule zu stoppen. Es braucht mehr Transparenz und die Verwaltungskosten müssen deutlich gesenkt werden.

### **„Die 11. AHV-Revision ist wiederum eine reine Abbauvorlage.“**

Auch die 11. AHV-Revision bleibt umstritten: Dass Frauenrentenalter soll erneut erhöht werden und dies ohne Kompensation. Denn für ein Modell zur sozialen Abfederung von Frühpensionierungen unterer und mittlerer Einkommen wurden die notwendigen Finanzen verweigert. Auch beim Teuerungsausgleich hielt der Nationalrat am Abbaukurs fest: Die Renten sollen nur noch unter gewissen Bedingungen angepasst werden können. Die Vorlage wurde von den eidgenössischen Räten in der Frühlingssession nicht zu Ende beraten. Sollte sie jedoch so unausgewogen bleiben, werden die sozialen Kräfte nicht zögern, wiederum das Referendum zu ergreifen. Denn die 11. AHV-Revision ist so, wie sie heute vorliegt, eine reine Abbauvorlage.

### **„Nur in einer gesunden Umwelt kann sich auch eine gesunde Wirtschaft entfalten.“**

Der 1. Mai ist aber auch ein guter Tag, um sich Gedanken über unsere Umwelt und den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu machen. Denn nur in einer gesunden Umwelt kann sich auch eine gesunde Wirtschaft entfalten.

Es braucht weitere konkrete Schritte, damit wir in der Nutzung erneuerbarer Energien wie Sonne, Wind und Wasser weiter vorankommen. Gerade in der Sonnenkraft liegt noch sehr viel ungenutztes Potenzial. Denn die Sonne alleine liefert schon mehr Energie, als wir brauchen: Im Jahresmittel strahlt sie etwa das Fünftausendfache des derzeitigen Weltenergiebedarfs auf die Erde.

Immer beliebter wird die Warmwasseraufbereitung mit Hilfe der gratis Sonnenenergie. Heute versorgen sich weltweit bereits 60 Mio. Haushalte mit Warmwasser aus solaren Dachanlagen. Auch ich bin ein Solarduscher. Vor zwei Jahren haben wir selber in eine Solaranlage am Eigenheim investiert. Der Schweizerische Solarkollektorenmarkt wuchs 2008 um 30%. Damit stieg die Zubaurate das fünfte Jahr in Folge. Und auch 2009 war trotz Wirtschaftskrise ein ansehnliches Jahr in dieser Branche. Ein gutes Zeichen: Denn die Installation von Solaranlagen ist nicht nur aus umweltpolitischen Gründen sinnvoll, sie generiert auch eine hohe Wertschöpfung im Inland und sichert damit viele Arbeitsplätze in der Schweiz.

Ich bin überzeugt: Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Oel, Gas und Uran werden immer knapper und in der Gewinnung immer aufwendiger und teurer. Die Oelverbrennung belastet die Umwelt und die Atomtechnologie birgt grosse Risiken.

Zudem haben wir in der Schweiz keine wirtschaftlich ausbeutbaren Uran-, Gas- oder Oelvorkommen, was diesbezüglich zu einer 100% Auslandsabhängigkeit führt. Erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Wasser oder auch Biomasse gibt es dagegen auch bei uns. Sie sind nicht endlich und erst noch umweltfreundlicher. Wasser wird in der Schweiz schon lange mit stets steigendem Wirkungsgrad genutzt. Gleichzeitig bewirken der rasche technologische Fortschritt und sinkende Preise in der Solartechnologie, dass auch diese erneuerbare Technologie immer wettbewerbsfähiger wird.

### **„Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien.“**

Die Cleantech-Initiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“ der SP, welche die Gewerkschaften mittragen, unterstützt die Schweizer Industrie, indem sie den Bund dazu bringt, die nötigen finanziellen Anreize für eine breite Investition in erneuerbare Energien zu schaffen. So werden wichtige politische Weichen für eine erneuerbare Zukunft der Schweiz gestellt. Dadurch sollen bis zu 100'000 neue und vor allem zukunftssträchtige Arbeitsplätze in der Schweiz entstehen.

Erneuerbare Energien fördern, heisst Umweltschutz und neue Arbeitsplätze. Indem wir zusätzlich durch neue Technologien die Energieeffizienz erhöhen und bei der Isolation der Gebäude den Energieverbrauch senken, sparen wir auch bares Geld.

### **„Brugg liegt in einer landschaftlich schönen Gegend. Dem gilt es Sorge zu tragen.“**

Brugg liegt in einer landschaftlich schönen Gegend zwischen dem Wasserschloss und dem Jurapark. Dem gilt es Sorge zu tragen.

Der Jurapark Aargau, dessen Eröffnungsfest am 23. Mai stattfindet, ist ein regionaler Naturpark im Sinne des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz. In einem regionalen Naturpark wird die Qualität von Natur und Landschaft erhalten und gepflegt und die nachhaltig betriebene Wirtschaft gestärkt.

Das Juraparkgebiet umfasst vor allem Gemeinden am Bözberg und im Fricktal. Hier befindet sich ein grün gebliebener Jurarücken mit aussergewöhnlicher biologischer Vielfalt. Hier befindet sich auch das Sagimültäli oder seit rund 800 Jahren die Linde von Linn.

Die Linde von Linn hat historisch belegt schon drei Brandfälle überstanden, nämlich 1863, 1908 und 1979. Auch einen Giftanschlag hat die Linde schon überlebt.

Doch künftig soll der Bözberg nicht nur noch wegen seiner naturnahen Landschaft strahlen. Der Bözberg soll auch zum Atomendlager werden. Die Linde von Linn würde wohl einen Wurzelkrampf bekommen, wüsste sie, was auf sie zukommen soll.

Ist ein Atom Mülllager, mitten in dieser einzigartig schöne Landschaft zu verantworten?

Ist ein Atom Mülllager in unmittelbarer Nähe zum Wasserschloss, wo 2/3 des

Oberflächenwassers der Schweiz durchfliessen zu verantworten?

Ist ein Atom Mülllager unter besiedeltem Gebiet und in einem wichtigen Naherholungsraum der Städte Baden und Brugg zu verantworten?

Ich sage dreimal Nein. Eine solche radioaktive Bedrohung von Mensch und Natur über Jahrhunderte ist nicht zu verantworten. Und mit einem erneuten Bau von Atomkraftwerken, wie er jetzt wieder diskutiert wird, würde auch künftig ständig zusätzlich hochradioaktiver Atom Müll produziert. Das ist nicht zielführend.

Die Alternative heisst: Nutzung neuer Technologien und mehr Energieeffizienz, Förderung der Erneuerbaren Energien und bewussterer Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Das schafft neue, nachhaltige Arbeitsplätze, schont die Umwelt und hinterlässt kommenden Generationen keine Hochrisikoabfälle.